

Hr. Schulze (Wg.) wird mit großer Freude von der Reaktion empfangen. Er betont, daß in der Jurisdiktion der Kriegsschuldfrage das ganze deutsche Volk einig sei, aber im Auslande sei die Situation leider so, daß dieser Kampf völlig aussichtslos sei. Nach der Rede des Hrn. Schulze wisse man bereits, daß diese Rede im Auslande nur Schaden werde. Der Redner fordert, daß man nicht dem Auslande durch Belegenheit gebe, Kritik und Methoden über deutsche Wälder und Wälder abzubilden. Als Schuldfrage sei eine deutsche nicht eine Parteifrage. (Beifall.) Ohne eine deutsch-französische Verständigung sei Europa nicht zur Ruhe zu bringen. Der Redner erklärt sich zum Schluß für das Sachverständigengutachten und den Währungsstand und gegen eine Besteuerung des Brotes durch Lebensmittel.

Inzwischen ist ein Ministerrat der Nationalsozialisten eingegangen; Der Reichstag möge erklären; die Reichstänzer und die Reichsminister besitzen nicht das Vertrauen des Reichstages.

Hr. Graf Redentlow (Stat.) erklärt, die Entscheidung über die Schuldfrage müsse von einer neutralen internationalen Kommission getroffen werden. Die Rede klingt aus in einer Kundgebung, in der es u. a. heißt: Die Faktion der nationalsozialistischen Freiheitspartei erhebt Einspruch gegen die Preisgabe deutscher Belange durch die deutsche Regierung. Das Damesgutachten ist der teuflischste Plan zur Auslieferung Deutschlands. Wir fordern von der Regierung die Befreiung der deutschen Nation und erwarten vom Reichstag, daß er entweder die Zustimmung zu den bevorstehenden Gesetzen verweigert oder zur Auflösung schreitet. Da es inzwischen 10 Uhr geworden ist, verzichten die Abgeordneten Graf v. Lerchenfeld (Wahr. Sp.) und Dr. Brodt (Wirtschaftswg.) unter dem Beifall des Hauses auf Wort.

Hr. Kunze (Deutschf.) fordert Befreiung des deutschen Volkes von der Hinstnefschaft. Die erste und zweite Lesung des Protokolls wird zu Ende geführt; am Sonnabend soll die dritte Lesung stattfinden.

Kommunistenabgabe vor dem Staatsgerichtshof.

Belgrad, 24. Juli. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich am Donnerstag der 25 Jahre alte Buchhandlungsgehilfe und kommunistische Stadtdirektor Karl Baumgärtel aus Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Er hatte während einer Stadtverordnetenversammlung eine Agitation gehalten und zum Schluß die Arbeiter aufgefordert, sich zu bewaffnen und die Regierung zu bekämpfen. In der Verhandlung hatten sich zahlreiche Kommunisten eingefunden, die sich im Sitzungssaal per Art ungebührlich benahmen, daß sie vom Präsidenten zur Ordnung gerufen und einer aus dem Saale vom Gerichtsdiener entfernt werden mußte. Der Angeklagte wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Latein mit Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe verurteilt, wovon zwei Monate als durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Nach der Urteilsverkündung rief der Angeklagte „Noch die Kommunistenpartei, es lebe die Weltrevolution!“. Seine im Saale anwesenden Genossen stimmten mit „In den Ruf ein und riefen „Auf Wiedersehen!“. Der Präsident ließ zwei Juchrer aus dem Sitzungssaal herausgehen und belegte sie mit einer sofortigen Haftstrafe von drei Tagen.

Der Personalabbau geht weiter. Der Haushaltsausschuß beschäftigte sich mit den Anträgen auf Einschränkung bzw. Aufhebung der Personalabbauverordnung. Gegen den sozialdemokratischen Antrag, die weitere Durchführung des Personalabbaues sofort und so lange aussetzen, bis der Gesetzentwurf über eine zweite Verringerung der Personalabbauverordnung verabschiedet worden ist, wandte sich Finanzminister Dr. Luther. Die Annahme dieses Antrags hätte u. a. die Folge, daß Länder und Gemeinden, die zum Teil sehr wenig abgebaut haben, sofort den notwendigsten Abbau einstellen. Ferner würde der organische Plan der Regierung, der in Form eines Entwurfes dem Reichsrat vorliegt, durchbrochen werden, wenn jetzt der Abbau allgemein ausgesetzt würde. Ein Antrag Morath, alle vorliegenden Anträge einem Unterausschuß zu überweisen, wird angenommen. Der Unterausschuß soll noch während einer etwaigen Vertagung des Reichstages verhandeln.

Arbeitsmarkt mindestens 25 Prozent verschlechtert. Berlin, 25. Juli. In der Zeit vom 1. bis 15. Juli ist im unbesetzten Deutschland die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen von 299 500 auf 278 000, d. h. um 15 Prozent, die Zahl der Zuschlagsempfänger unterstützungsberechtigter Vollerwerbsloser von 297 000 auf 334 000, d. h. um 12,5 Prozent gestiegen. Dabei ist daran zu erinnern, daß nach den vorliegenden Bestimmungen ein Teil der Erwerbslosen Unterstützung nicht erhalten kann. Aus dem besetzten Gebiet liegen die entsprechenden Ziffern noch nicht vor.

Strafverfahren gegen den Preisausschreiberschwindler. Berlin, 25. Juli. Gegen einige 80 Firmen, die Preisausschreiben zum Zwecke des Wagens ihrer Erzeugnisse erlassen hatten, ist auf Antrag der zuständigen Finanzämter in Berlin das Strafverfahren wegen Nichtablieferung von 20 Prozent der Eingänge als Lotterielehre eingeleitet worden. Bei zahlreichen Firmen wurden sämtliche eingegangenen Gelber beschlagnahmt.

Generalkrieg in Oberschlesien. Königsbrunn, 24. Juli. (WZB.) Dem „Ober-schlesischen Kurier“ zufolge hat der Kongreß der polnischen Berufsvereinigungen in Katowitz beschlossen, zum Protest gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in Oberschlesien den allgemeinen Ausstand zu verkünden. Der Generalkrieg sollte bereits am 22. Juli beginnen. Man will jedoch erst die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft zum Streik abwarten. Der deutsche Kronprinz nimmt seinen künftigen Aufenthalt in Florenz.

Nach einer Werbung aus Florenz hat der ehemalige deutsche Kronprinz in Florenz eine moderne Villa gekauft, die er augenblicklich renovieren läßt. Er wird mit seiner Familie im Herbst nach Florenz zum künftigen Aufenthalt übersiedeln.

Sinowjew für eine Arbeiterregierung in Deutschland.

Petersburg, 24. Juli. In einer großen Rede auf einer kommunistischen Versammlung in Petersburg trat Sinowjew mit Entschiedenheit für die Bildung einer Arbeiterregierung in Deutschland ein. Da die deutschen Arbeiter 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sei es nicht einzusehen, weshalb in Deutschland „General von Seead und die Bankiers“ regieren sollten. Da ein Teil der deutschen Arbeiterkraft den Kommunismus und den Bürgerkrieg ablehne, seien die Bolschewisten bereit, gemäß der alleinrichtigen Politik der proletarischen Einheitsfront eine deutsche Arbeiterregierung aus Kommunisten und Sozialdemokraten, selbst unter Einschluß der christlichen Gewerkschaften, zu unterstützen. Eine solche Regierung müßte aber drei Bedingungen erfüllen: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterkraft und Aufhebung der Steuerlasten auf die Besitzenden.

Paris zur Anerkennung der Sowjets entschlossen.

Paris, 25. Juli. (WZB.) Der „Matin“ veröffentlicht folgende Richtigeitungen zu den in den letzten Tagen veröffentlichten Nachrichten über die französisch-russischen Beziehungen: 1. Die französische Regierung ist entschlossen, die Sowjets rechtlich anzuerkennen. 2. Sie ist entschlossen, nach der Londoner Konferenz so bald wie möglich Verhandlungen aufzunehmen, um die zwischen Frankreich und Rußland schwebenden Fragen zu regeln. Bis jetzt sind jedoch keinerlei Unterhandlungen eingeleitet worden, ebensowenig habe Herriot die französischen Unterhändler ernannt.

Niederlage der brasilianischen Revolutionäre.

Paris, 24. Juli. Der „Herald“ meldet aus Buenos Aires: Die brasilianischen Regierungstruppen haben Santos wieder erobert und stehen vor Sao Paulo. Das Kriegsgeschick in Santos hat die zu den Rebellen übergetretenen Generale zum Tode verurteilt. Sao Paulo ist von den Regierungstruppen eingeschlossen.

Von Stadt und Land.

Am 26. Juli.
Sitzung der Stadtverordneten am 25. Juli.

Die Wohnungsnot, eine der größten Plagen, die der Weltkrieg für Deutschland im Gefolge hatte und die trotz aller bisher ergriffenen Maßnahmen noch nicht behoben werden konnte, stand in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wieder einmal zur Debatte. Veranlassung gab die Notwendigkeit der Unterbringung von Mietern, die durch amtserrichtliche Entscheidung wohnungslos werden oder schon geworden sind. Streikigkeiten zwischen Hausbesitzern und Mietern sind leider keine Seltenheit und vielfach gibt es eben Mieter, denen eine geregelte Hausordnung ein Stein des Anstoßes ist, gegen den sie fortgesetzt anrennen. Wird ihnen dann durch Schiedspruch die Wohnung gekündigt, dann hält es schwer, ihnen eine andere zu beschaffen, da sich naturgemäß jeder Hauswirt sträubt, herartige Mieter aufzunehmen. Diesen nun städtischerseits ein Unterkommen zu bieten, ist der Zweck einer Vorlage, die die Aufstellung einer ehemaligen Kriegsbaracke vorsieht. Gewiß ist eine solche keine ideale Wohnungsgelegenheit, wird sie aber entsprechend eingerichtet, wie es nach der Vorlage zu erwarten ist, so bietet sie den darin Untergebrachten immerhin ein bescheidenes Heim, in dem sie sich so wohllich wie möglich einrichten können. Die Erfahrung an anderen Orten hat gelehrt, daß die Aufstellung derartiger Wohnbaracken ein gangbarer Weg ist, der größten Wohnungsnot abzuhelfen und so ist zu erwarten, daß auch hier die Aufstellung einer Baracke schließlich zur Zufriedenheit aller geregelt wird.

Die Sitzung eröffnete der stellv. Vorsitzende Stadts. Frey mit der Einweisung der Stadts. Mengner, Wühl und Pfefferkorn, die an Stelle der ins Ratkollegium gewählten Herren Weßhorn, Wör und des verstorbenen Stadts. Köhner neu ins Stadtverordnetenkollegium eintraten. Von den Eingeweihten waren nur die Herren Wühl und Pfefferkorn anwesend, die vom Vorsitzenden mit Handschlag verpflichtet wurden. Sodann gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Stadtrats Köhner und dessen langjähriger treuer Mitarbeiter im Stadtverordnetenkollegium. Das Kollegium nahm Kenntnis von einem Dankschreiben der Hinterbliebenen und ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise durch Erheben von den Sitzen. Für die Vorbereitung der Ausschusssachen wurde ein fünfstelliger Ausschuß gewählt, dem die Herren Wöhring, Lent, Frey, Wöhring und Denisch angehören. Den Fraktionen wurde anheimgegeben, die Vorschläge für die Besetzung binnen 8 Tagen einzureichen. Das Bescheid des Hrn. Schmalz, ihn aus wirtschaftlichen und dienstlichen Gründen von seinem Mandat zu entbinden, wurde nach kurzer Debatte von der Tagesordnung abgesetzt und der nichtöffentlichen Sitzung zur Beschlußfassung überwiesen. Für die durch Umwetter Beschädigten in der sächsischen Oberlausitz wurden 200 Mark bewilligt. Der Erhöhung des Einlegerzinsfußes der städtischen Sparkasse auf 8 Prozent, bei einer Kündigungsfrist von mindestens vier Wochen auf 10 Prozent wurde zugestimmt. Eine längere Debatte entzündete sich über den Vorschlag des Bau- und Wirtschaftsausschusses betr. Ankauf einer sogenannten Kriegsbaracke zur Unterbringung von durch mietergerichtliche Entscheidung wohnungslos gewordenen Mietern. Die Baracke soll für 7 Wohnungen und zwar zwei Drei- und 5 Zweizimmerwohnungen eingerichtet werden und hinter dem städtischen Neubau an der Lindenstraße aufgestellt werden. Die Kosten der Baracke belaufen sich einschließlich Transportkosten, Aufstellung, Inneneinrichtung, Unterhaltung und Einbau einer Waschküche, Aborten, Wasser- und Lichtanlage auf 18 000 Mark. Die kommunistische Fraktion erhob Widerspruch dagegen, daß in der Baracke nur ermittelte Mieter untergebracht werden sollen, ebenso gegen die Wahl des Platzes, der auch von anderer Seite des Kollegiums als ungeeignet bezeichnet wurde. Schließlich einigte man sich auf einen Antrag des Stadts. Lorenz, die Baracke anzukaufen und die Entscheidung darüber, welche Mieter darin untergebracht werden sollen, dem Wohnungsausschuß zu überlassen. Nachdem man noch einer von der Kreisbauhauptschaft erwünschten redaktionellen Abänderung des Ortsgesetzes für das Wasserbauamt zugestimmt und die Antwort des Rates auf eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über Leerstehende Räume in der Fischerischen Villa zur Kenntnis genommen hatte, trat das Kollegium in die nichtöffentliche Sitzung ein.

Kirchenspieler am Schlußkonzert. Der deutsch evangelische Kirchenausschuß hat bei den deutschen Kirchenregierungen angefragt, daß an dem Schlußkonzert, dem 8. August, in allen Gemeinden kirchliche Gottesdienste abgehalten werden sollen. Gräber, Ehrensteine und Denkmäler sollen geschmückt und die Gottesdienste bei günstigen Verhältnissen in Verbindung mit der Schmückung der Gräber auf den Friedhöfen abgehalten werden. Wo möglich soll ein und zwölf Uhr öffentliche Feiern stattfinden sollen, sollen bis zwölf Uhr die Glocken läuten und dann zu stiller Einkehr ein Schweigen von zwei Minuten eintreten.

Platzmarkt am Sonntag, den 27. Juli 1924 vorm. 11 Uhr auf dem Markt. Rufffolge: 1. Einzug der Gladiatoren, Marsch v. J. Fucik. 2. Overture Romantique v. Reiser-Deja. 3. a) Renuet, b) Marcia aus einem Divertimento v. W. A. Mozart. 4. Die Blumen, Bolser v. C. Waldteufel. 5. Fantasie aus der Oper „Faust“ v. Gounod.

Die Kirschen-Arena-Schau „Saxonia“ gab gestern Abend auf der Waltherswiese ihre Eröffnungsvorstellung. Bewundernswürdig war der Wettergott dem Künstlerdächlein nicht besonders wohlgefallen; für den Aufenthalt im Freien war es zu frisch und der Besuch der Vorstellung deshalb nur schwach. Nur Junggäste hatten sich in größerer Zahl eingefunden, die sich nicht schämten, auch noch groß zu werden, als sie zur Ruhe oder zum Verlassen des Platzes aufgefordert wurden. Schlichte mußte der ganze Platz abgeperrt werden. Manchen Leuten fehlt eben die Einsicht, daß die Künstler keine Gratisvorstellungen geben können. Die Darbietungen der Künstler standen durchweg auf beachtenswerter Höhe und wurde ein reichhaltiges abwechslungsreiches Programm geboten. Ein Besuch der Arena-Schau kann deshalb nur bestens empfohlen werden.

Die Reichsinnungsstellen für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Mittwoch, den 23. Juli 1924, auf das 1,166-fache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vormoche (1,15 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 0,9 v. D. zu verzeichnen.

Das Ehrenfeuer wieder gestiftet. Den Militärvereinen war auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Aufgabe von Ehrenfeuern bei Beerdigung von Mitgliedern verboten und später auf Antrag gestiftet worden. Diese Einschränkungen sind wieder aufgehoben worden, indem folgende neue Bestimmung in Kraft getreten ist: Bei Beerdigung von Mitgliedern der Kriegervereine kann auf dem Friedhofe eine Gruppe von Gemeindegliedern zum Schutze gestellt werden. Eine besondere Genehmigung dazu ist nicht erforderlich.

Baummeisterprüfung. Vor der staatlichen „Prüfungsbehörde in Jittau haben die Herren Hans Wäntler in Lichten-tanne und Karl Hebrich in Schwarzenberg die Baummeisterprüfung mit „Sehr gut“ bestanden.

Offene Stellen für Lehrer. Auf Grund von Paragraph 11 des Schulbedarfsgesetzes vom 31. Juli 1922 zu Befehl. Fachlehrerstelle an der Forts.-(Berufs-)schule in Raschau (Schulamtbezirk Schwarzenberg, Ortsklasse C.)

Auszahlung der Beamtengehälter am 29. Juli. Die Ministerien des Innern, der Finanzen und für Volksbildung verordnen, daß die nach der neunten Verringerung des Beamtengehältes vom 22. Juli d. J. an die Bezugsberechtigten am 31. Juli zahlbaren Bezüge, soweit die erforderlichen Mittel vorhanden sind und ohne Gefahr für die Einhaltung des Zahlungstages, am 29. Juli 1924 auszuschütten sind. Gleiches gilt sinngemäß für die Behördenangestellten.

Lehrlinge und Kurzarbeit. In der Frage, ob von der Kurzarbeit in jedem Fall auch die Lehrlinge betroffen werden, hat sich das sächsische Wirtschaftsministerium, wie aus Dresden gemeldet wird, wie folgt geäußert: „Da der Lehrherr durch den Lehrvertrag verpflichtet ist, seine Lehrlinge in dem Maß auszubilden, wie es der Stand seines Geschäfts möglich macht, wird er nicht gezwungen werden können, Lehrlinge im dritten und vierten Lehrjahr Kurzarbeit zu lassen, wenn für seine andern Arbeitnehmer die Notwendigkeit hierzu besteht.“

Stollberg. An die Stollbergfrage erinnert ein seltsames Wurzelgebilde der alten Riesenbuche am Pfarrgrundstücke des Erzgebirgischen Zweigvereins Lugau und Umgegend. Dort steht man von der den mächtigen Stamm umgebenden Rußbuche, den Blick nach Osten gewendet, einen großen vogelartigen Kopf, ähnlich dem eines riesenhaften Puters. Zwischen dem Kopf- und Unterschnabel ist sogar durch eine gerade, fingerstarke, kleinere Wurzel eine Junge im Schnabel zu sehen. Nach Norden zeigend, spreizt sich eine Riesentaupe mit ausgreifenden Krallen aus. Weiter sind auch ein Schwanz und Seiten wie von einem ungeheuren Lindwurm vorhanden. Alles in allem eine sehenswerte Merkwürdigkeit.

Glauchau. Ratbeschlüsse. Der Rat hat die vielmals bekämpfte Vorlage einer Getränkesteuer angenommen. Der Bierverkauf soll kontrolliert werden, weil sich herausgestellt hat, daß der giftige Gallenröhrenstein mit verkauft worden ist. Auch ein Ortsgesetz über die Eingemeindung von Gersau ist angenommen worden.

Hohenstein-Ernstthal. Opfer Haarmanns? Aus Hohenstein-Ernstthal wird den „S. N. N.“ geschrieben: Das Verschwinden junger Leute aus Hohenstein-Ernstthal und Umgegend, wovon vor mehreren Jahren berichtet wurde, wird mit den Untaten des Scheinfaß Haarmann in Hannover in Verbindung gebracht. Die Angehörigen von Vermissten werden aufgefordert, bei der Hohensteiner Kriminalpolizei die nötigen Angaben zu machen.

Gehmlich. Ein nichtswürdiger Bursche. Von der Kriminalabteilung wurde ein hier wohnhafter 18 Jahre alter Postausbeher festgenommen, der in letzter Zeit die Feuerwehr siebenmal, und zwar in einer Nacht fünfmal, freiwillig alarmiert hat. Öffentlich wird diesem nichtswürdigen Burschen ein gehöriger Denkzettel verabreicht.

Wollstein. Großfeuer. Freitag mittag gegen 12 Uhr brach in einem der alten Häuser am Markt auf der „Terrasse“ Feuer aus. Die Flammen fanden in dem alten Gebäudeteil reichliche Nahrung, so daß das Feuer in kurzer Zeit gewaltig um sich griff und auf die Nachbargebäude überdrang. Die Feuerwehren des Ortes und der Nachbargemeinden waren bald zur Stelle. Zwei Häuser sind den Flammen zum Opfer gefallen, andere stark beschädigt. Der durch das Feuer verursachte Schaden ist sehr groß. Einer Familie soll das gesamte Mobiliar verbrannt sein. Menschen sind, soweit bis jetzt bekannt, bei dem Brande nicht verletzt worden.

Deesden. Neues Niederbuch. In den Dreißner Volksschulen ist ein neues Niederbuch eingeführt worden. Was darin steht ist weniger interessant als das, was man nicht mehr findet. So sind folgende Niederbücher fortgesetzt worden: Am Brunnen vor dem Tor, Treue Liebe bis zum Grabe, Wer hat dich, du schöner Wald, Wie want ich dein vergessenes